

Die zentrale Bedeutung des Steuerwettbewerbs und die Rolle der Schweiz in Europa



Von Pierre Bessard
Direktor Liberales Institut, Zürich

Es ist nicht banal, sich in Erinnerung zu rufen, dass Europa seinen historischen Aufschwung vor allem auch der Vielfalt und Zersplitterung der politischen Macht verdankt. Die Konkurrenz der politischen Systeme und die Abwesenheit einer Zentralisierung waren entscheidende Faktoren in der Entwicklung der Renaissance, der Aufklärung und der industriellen Revolution – und damit auch des Wohlstands, der sich in Europa in der Folge entwickelte. Nach dem Fall Roms erlaubte die politische Zersplitterung Europas den Individuen, «mit den Füßen abzustimmen» und ihr Kapital mit sich zu nehmen. Dies förderte die politische Mitbestimmung der Bürger und die Entstehung von Parlamenten und freien Städten. Zugleich wurde so auch die raubartige Besteuerung durch die territorialen Herrscher begrenzt. Die Versuche der Europäischen Kommission, diese Fortschritte rückgängig zu machen, müssen geradezu als anti-

europäisch bezeichnet werden. Sie stehen im Widerspruch zum ausserordentlichen geschichtlichen Erfolg und Vorsprung, den Europa gegenüber anderen, selbst technologisch weiter fortgeschrittenen Regionen erzielt hat.

Weniger Steuern, mehr Wohlstand

Indem die Möglichkeit des Staates, die Steuerlast beliebig zu erhöhen, begrenzt wird, trägt die Vielfalt der Gesetzgebungen und Steuersysteme zu grösserem Wohlstand in Europa bei. Die umfassendsten empirischen Untersuchungen, die über einen langen Zeitraum und eine grosse Anzahl Länder durchgeführt wurden, zeigen eine negative Beziehung zwischen der Last des Staates und dem Wohlstand. Die augenfälligste Wirkung des Steuerwettbewerbs ist somit der positive Einfluss auf die privaten Ersparnisse. Niedrigere Steuern machen die Akkumulation von Kapital attraktiver. Dies führt zu mehr Investitionen, Beschäftigung und Wohlstand. Aus diesem Grund ist beispielsweise die Richtlinie zur Zinsbesteuerung der Europäischen Union als schädlich zu betrachten.

Auch die Besteuerung von Unternehmensgewinnen hat eine unmittelbar negative Auswirkung auf den gesellschaftlichen Wohlstand. Zahlreiche Investitionen werden durch die Zurückbehaltung von Gewinnen realisiert – je höher ihre Besteuerung ausfällt, desto weniger Kapital verbleibt zur Investition. Hinzu kommt, dass Unternehmen sich aufgrund höherer Dividendenbesteuerungen gezwungen sehen können, ihren Aktionären höhere Dividenden auszuzahlen, um als Investitionsobjekt interessant zu bleiben. Die Kombination aus tieferen Gewinnen nach Steuern und höheren Dividendenzahlungen begrenzt die Fähigkeit der Unternehmen, Kapital zu akkumulieren und Innovationen zu finanzieren.

Die steuerliche Belastung von freiwilligen Transaktionen vermindert zugleich die Attraktivität der gesellschaftlichen Arbeitsteilung – einem Grundpfeiler unseres ökonomischen Wohlstands. Sie wirkt damit auch der Spezialisierung und Kompetenzbildung potentieller Tauschpartner entgegen. Besonders restriktiv auf wirtschaftliche Effizienz wirken progressive Steuern, die systematisch Anreize zu höherer Wohlstandsgenerierung vernichten.

Erfolgreiche «Kleine»

Kleine, dezentrale politische Einheiten wie die Schweizer Kantone oder wohlhabende Staaten wie Liechtenstein oder Dubai garantieren politische Massnahmen, welche näher an den wahren Bedürfnissen und Präferenzen der Bürger liegen. Dubai etwa, einer der ökonomisch dynamischsten Orte der Welt, kennt keine Steuern, sondern bloss Abgaben für erbrachte Dienstleistungen. Der Schweizer Kanton Obwalden ist die erste westeuropäische Gebietskörperschaft, die eine proportionale Besteuerung eingeführt hat – und dies mit überwältigender Volksmehrheit.

Die steuerliche Vielfalt der Schweiz erlaubte im Falle der benachbarten Halbkantone Nidwalden und Obwalden den unmittelbaren Vergleich unterschiedlicher Steuerpolitiken. In Nidwalden, wo man seit Jahren eine der attraktivsten Steuerpolitiken verfolgt, ist das Bruttoinlandprodukt pro Einwohner um 44% höher als in Obwalden, das bis 2006 die höchste Besteuerung der Schweiz aufwies und finanziell auf Subventionen des Bundes angewiesen war. Nur aufgrund einer Vielfalt, die es ermöglichte, dass sich die Steuerlast in zwei angrenzenden Tälern so bedeutend unterscheidet, konnten somit die fehlerhafte

Politik Obwaldens erkannt und entsprechende Reformen eingeleitet werden. Konsequenzen solcher Fehler beschränken sich entsprechend auf ein relativ kleines Gebiet, dem sich die Bürger verhältnismässig leicht entziehen können.

Schutz der Freiheit

Steuerliche Vielfalt und Wettbewerb sind aber vor allem auch eine grundlegende Bedingung für die Wahrung der individuellen Freiheit. Bis zu einem gewissen Grad sind die Bürger ihrem territorialen Gewaltmonopolisten stets ausgeliefert. Das Vertrauen auf die Gutmütigkeit der Staatslenker kann dabei nicht als eine historisch erfolgreiche Abwehrstrategie betrachtet werden. Nur der Wettbewerb dämmt das konfiskatorische Potential des Staates ein. Der Staat muss sich mit seinen Tätigkeiten nicht dem disziplinierenden Druck von Angebot und Nachfrage aussetzen. Die Existenz kleiner, offen im Wettbewerb stehender Gebiete stellt also die beste Garantie dafür dar, die inhärente Tendenz des staatlichen Machtmissbrauchs zu beschränken.

Wie das letzte Jahrhundert eindringlich gezeigt hat, haben Staaten in der Vergangenheit regelmässig ihr Machtmonopol missbraucht – nicht nur zum Zwecke der Bereicherung, sondern auch für Kriege, Vertreibungen und weiteres mehr. Es scheint nicht ersichtlich, warum grössere staatliche Strukturen diese der Institution Staat inhärente Gefahr reduzieren sollten. Dabei ist auch in modernen, demokratischen und rechtsstaatlichen Systemen eine zunehmende Ausweitung der Kompetenzen und Interventionen einerseits und der entsprechenden fiskalischen Gefrässigkeit andererseits zu beobachten.

Der Steuerwettbewerb schützt die legitimen Rechte eines Individuums an den Früchten seiner Arbeit, er schützt damit die persönliche Freiheit der Bürger. Ihm liegt auch die Erkenntnis zugrunde, dass jedes Vermögen, jeder Wohlstand stets erst durch individuelle Initiative geschaffen werden muss – selbst jeder vermeintlich teure Rohstoff erhält erst in den Händen der produktiven Individuen seinen Wert. Die gesellschaftliche Wertschöpfung erfor-

dert aber die Zurückhaltung, ja die institutionelle Zügelung der Steuermacht des Staates.

Die Rolle der Schweiz

Es ist nicht übertrieben, in der zentralisierenden Entwicklung der Europäischen Union eine der grössten Bedrohungen für die Freiheit und den Wohlstand des europäischen Kontinents der Neuzeit zu sehen. Noch ist die politische Vielfalt in Europa nicht zerstört worden, die nötige Einstimmigkeit der Mitgliedsstaaten in Abstimmungen zu vielen steuerpolitischen Belangen stellt noch eine grosse Hürde für die Vereinheitlichung der Systeme dar. Allzu grosser Optimismus wäre allerdings unangebracht: Die Erfahrung von Bundesstaaten wie Deutschland, der Vereinigten Staaten, der Schweiz und auch der Europäischen Union selbst deuten an, dass auf Dauer eine Mehrheit der Bundesstaaten den Zentralstaat dazu verwendet, die Wettbewerbsfähigkeit von anderen, kompetitiveren Mitgliedern zu senken.

Aufgrund ihrer geographischen Grösse birgt die EU hier eine enorme Gefahr – sie verunmöglicht nahezu die «Abstimmung mit den Füessen». Nicht nur die Eigendynamik der europäischen Bürokratie, vor allem auch die finanziellen Engpässe zahlreicher Mitgliedsstaaten lassen dabei den Sirenen gesang des Steuerkartells immer verführerischer klingen. Es gilt, sich in Erinnerung zu rufen, dass die EU auch im Fall der Mehrwertsteuervereinheitlichung nur langsam und schrittweise vorging, bevor sie auf Drängen Deutschlands hohe Mindeststeuersätze einführt. Es wäre folglich unüberlegt, die gegenwärtigen Anstrengungen der kartellbildenden Staaten zur Vereinheitlichung zu unterschätzen.

Bemerkenswerterweise werden in der Schweiz 10% des Bruttoinlandsprodukts durch ausländische Unternehmen erwirtschaftet, die sich hier niedergelassen haben. Wenn der Beitrag jener multinationalen Schweizer Unternehmen hinzugerechnet wird, die mindestens einen Viertel ihrer Umsätze im Ausland erzielen, so werden 34% des schweizerischen BIP im internationalen Sektor erwirtschaftet. Ausländische Unternehmen stellen einen der

wichtigsten Wachstumsfaktoren der Schweiz dar.

Angesichts dieser Verhältnisse ist es verwunderlich, dass der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Durão Barroso, ehemaliger Premierminister Portugals (eines der am schlechtesten geführten und ärmsten Länder des Kontinents), hinsichtlich der Schweiz die Ansicht vertritt, dass sie als ein einzelnes Land in der globalen Wirtschaft «verloren» sei. Ironischerweise stellen die Portugiesen nach den Deutschen das zweitgrösste Kontingent europäischer Auswanderer in der Schweiz.

Was für Deutschland und Portugal gilt, trifft jedoch auch auf weitere Länder der Europäischen Union zu: Seit der Einführung des freien Personenverkehrs mit der EU erreicht die Immigration aus der EU in die Schweiz jedes Jahr neue Höhen.

Nun kann die Schweiz auf ihrem begrenzten Gebiet nicht eine unendlich grosse Zahl steuerlich überlasteter EUBürger aufnehmen – die Bedeutung der Schweiz als Ausweichoption ist damit begrenzt. Auf Basis ihrer Unabhängigkeit und steuerlichen Selbstbestimmung (zu der auch das Bankgeheimnis gehört), trägt die Schweiz jedoch auch darüber hinaus zur Erhaltung des Wohlstands des restlichen Europas bei.

Aufgrund ihrer institutionellen Ordnung und der steuerlichen Dynamik einiger Kantone kann die Schweiz weiterhin, gemeinsam mit anderen Ländern der Welt, einen gewissen Schutz des Eigentums und der Freiheit der europäischen Bürger vor der europäischen Vereinheitlichung der Steuersysteme bieten. Dabei geht es, wohl gemerkt, um die Bewahrung und die Vermehrung produktiven Kapitals, um Innovation, Wohlstand und Beschäftigung, ja letztlich die Wahrung des hohen Lebensstandards und der individuellen Rechte in Europa. Die Schweiz trägt als aufgeklärte Aussenseiterin eine moralische Verantwortung, dem erdrückenden Steuerkartell zu widerstehen. Im Interesse aller Europäer muss sie das Vorbild für das Modell des Steuerwettbewerbs bleiben.

www.libinst.ch •